

# Notizen

Die Diskussion über das Verhältnis der Grünen zur Kirche wurde jetzt durch ein Interview von Christa Nickels MdB mit KNA neu belebt. Frau Nickels, selber katholisch und kirchenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, sprach sich darin u. a. gegen den schulischen Religionsunterricht in der bisherigen Form, den staatlichen Einzug der Kirchensteuer und die jetzige Form der Militärseelsorge aus. Die Forderung nach dem Abbau von Privilegien und von Verquickungen zwischen Staat und Kirche habe nichts mit Kirchenfeindlichkeit zu tun. Die Kirche in Deutschland sei keine Volkskirche mehr; das müsse Konsequenzen für das Verhältnis von Kirche und Staat haben. Für Frau Nickels bestehen „viele direkte Berührungspunkte“ zwischen Wertkonservativen bei Bündnis 90/Die Grünen und den Kirchen: „Gerade bei der Basisarbeit für Arme, Obdachlose oder beim Thema Dritte Welt bestand eigentlich von Anfang an eine intensive Zusammenarbeit.“

Ganz unter dem Vorzeichen der Übergabe der Stadt an die palästinensische Verwaltung standen die Weihnachtsfeierlichkeiten 1995 in Bethlehem. PLO-Chef Yassir Arafat nahm als Chef der palästinensischen Autonomiebehörde zusammen mit seiner Ehefrau Suha an den Festlichkeiten teil, unter anderem auch als Ehrengast an der traditionellen Mitternachtsmesse in der katholischen Katharinenkirche mit dem Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Michael Sabbah. Dieser mahnte, die neue palästinensische Freiheit müsse auf der Botschaft von Frieden und Liebe aufgebaut sein, der Beginn der Befreiung der Palästinenser sei zugleich Beginn der Versöhnung zwischen Palästinensern und Juden und Auftakt zum Frieden in der ganzen Region. Arafat hatte bei seiner Ankunft in Bethlehem die „Stadt des Palästinensers Jesus Christus“ als frei für alle Zeiten erklärt.

Traditionell widmete sich Johannes Paul II. bei seiner Ansprache an das Diplomatische Corps zum Neujahrsempfang am 13. Januar den verschiedenen Konflikten auf der Welt, darunter Tschechien, Liberia, Sudan, Ruanda und Burundi. China, Vietnam und einige muslimische Länder kritisierte er wegen Religionsunterdrückung. Er nannte aber auch die hoffnungsvollen Veränderungen in Bosni-

en-Herzegowina, Südafrika und im Nahen Osten, begrüßte zum ersten Mal einen Vertreter des palästinensischen Volkes und forderte einen international garantierten Status für Jerusalem. Einen besonderen Appell richtete der Papst an die afrikanischen Politiker und forderte sie auf zu einem entschiedeneren Einsatz für die Demokratisierung und zum Kampf gegen ethnische Ideologien. Ausdrücklich mahnte der Papst ein Ende aller Atomwaffenversuche sowie aller Experimente zur Verbesserung dieser Waffensysteme an.

Als verfrüht und falsch hat die Leadership Conference of Women Religious, die größte US-amerikanische Vereinigung von Ordensschwwestern, die Weigerung des Papstes bezeichnet, Frauen zum Priesteramt zuzulassen. Eine Lehre, die nicht begründet werde, könne nicht als „unfehlbar“ bezeichnet werden. Die Vereinigung rief alle Katholiken – Priester und Bischöfe eingeschlossen – dazu auf, sich öffentlich für die Zulassung der Frauen zum Priesteramt zu äußern, damit der Vatikan die Ansichten der Gläubigen zu dieser Frage erfahre. Angesichts der Tatsache, daß es unter Bischöfen, Theologen und Gläubigen keine „universale Übereinstimmung“ zu dieser Frage gebe, sei jede Stellungnahme, die sich als „unfehlbar“ betrachte, „verfrüht und unangebracht“.

Das nach österreichischem und deutschem Vorbild im November/Dezember 1995 durchgeführte Kirchenvolksbegehren im Südtiroler Bistum Bozen-Brixen (ca. 440 000 Katholiken) erbrachte 18 284 Unterschriften. Das gaben die Initiatoren Anfang Januar bekannt. Sie hatten 10 000 Unterschriften als Ziel angepeilt. 40 Prozent der Unterschriften stammen von Männern, 60 Prozent von Frauen. Am stärksten vertreten ist die Altersgruppe zwischen 25 und 45 Jahren. Die Initiativgruppe bezeichnete das Ergebnis als „Zeichen des Wirkens des Geistes Gottes“. Die Menschen hätten ihr Interesse und ihre Erwartungen an die Kirche bekundet; es sei landesweit eine Diskussion über religiöse und kirchliche Themen in Gang gesetzt worden.

Rund 60 Entwicklungsorganisationen – darunter auch Caritas International und die beiden kirchlichen Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt – haben sich

Ende Dezember letzten Jahres zu einem „Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen“ (VENRO) zusammengeschlossen. Ziel sei es, Entwicklungspolitik als zentrale Aufgabe der Zukunftsgestaltung gesamtgesellschaftlich tiefer zu verankern. Gemeinsame Aufgabe sei, so die Präambel, der Bekämpfung der Armut, der Verwirklichung der Menschenrechte und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen bestmöglich zu dienen.

Der jüdische Religionsphilosoph Schlomo Ben-Chorin hat sich für eine stärkere Trennung von Staat und Religion in Israel ausgesprochen. Das derzeitige „Mischgebilde“ aus zwei verschiedenen Rechtssystemen erschwere das Leben der Bürger in „oft untragbarer Weise“, schreibt er in der jüdisch-christlichen Zeitschrift „Freiburger Rundbrief“ (Nr. 1/1996). Die Konkurrenz der Rechtsprechung des Obersten Gerichts mit einer obendrein noch geheimgehaltenen rabbinischen Jurisdiktion müsse angesichts des gesellschaftlichen Wandels beendet werden. Deutlich zeige sich dies Problem gerade auch bei der immer schwierigeren Beurteilung der jüdischen Identität zahlreicher Einwanderer.

Bei einer Begegnung mit vietnamesischen Priestern und Ordensleuten in Rom sprach der Erzbischof von Hanoi, Kardinal Pham Dinh Tung, von einem „historischen Wendepunkt“, an dem sich Vietnam heute befinde. Die Einführung der Marktwirtschaft habe den Menschen ermöglicht, ihren Lebensunterhalt in größerer Freiheit zu verdienen. Gleichzeitig sei aber die Kluft zwischen einer reichen Minderheit in den Städten und der armen Minderheit in den Bergregionen und auf dem Land größer geworden. Der alte dialektische Materialismus habe sich in einen „hedonistischen Materialismus“ verwandelt, der den Dollar zum Götzen erhebe. Der Kardinal nannte den Kampf gegen den Analphabetismus, die Armut und sozialen Verwerfungen als Aufgaben, bei deren Bewältigung die Kirche mitwirken müsse. Allerdings seien ihre Mittel begrenzt: Es gebe zu wenig Priester und die Mehrzahl der Laien sei arm.

Beilagenhinweis  
*Dieser Ausgabe sind das Jahresregister und eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beige-fügt.*